

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1911)
Heft: 23-24

Artikel: Der Krieg und die Zeitung
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-802722>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

die sich aber noch bis tief ins Mittelalter hinein erhalten hat. Die Araber, gleichwie ihre Nachfolger, die Türken, haben weder Vorliebe noch Eignung für die beiden wichtigen Kulturbedingungen dieser Länder: Landwirtschaft und Seefahrt, wie sie ja überhaupt die Arbeit verachten und scheuen. So tritt eine langsam fortschreitende Verödung, Verarmung und Entvölkerung ein. Noch einmal, in der Aera der Kreuzzüge, richtete sich das Interesse der Kulturwelt auf die östlichen und südlichen Gestade des Mittelmeeres; aber dieses Erwachen ist vorübergehend, denn von da ab bis in die Neuzeit sind die nordafrikanischen Küstenländer in Südeuropa nur gekannt und gefürchtet durch die Seeräuberei (die „Barbareskenstaaten“), der weder die italienischen Republiken noch mächtige Herrscher, wie Kaiser Karl V. und Ludwig XIV., ein Ende bereiten konnten. Um dieselbe Zeit, da die *Türken* nach der Eroberung von Byzanz auch die afrikanischen Gestade des Mittelmeeres allmählich unter ihre Herrschaft brachten, sank das Mittelmeer durch die Entdeckung der neuen Seewege und der neuen Erdteile zu der Bedeutung eines Binnenmeeres herab; die Herrschaft der Seemächte Genua und Venedig geriet in Verfall. *Napoleon I.* mit seinem genialen Weitblick ist auch hier der Schöpfer einer neuen Zeit geworden; bei seinem Feldzug nach Aegypten fand er die einstige Millionenstadt Alexandria, den Sitz der griechisch-römischen Weltbildung, infolge tausendjähriger arabischer Herrschaft als ein armseliges Fischerdorf mit kaum 5000 Einwohnern. Von jener Zeit an richteten sich die Blicke der europäischen Nationen wieder auf das Mittelmeer, und ganz besonders *England* hat sich im Verfolge der Niederwerfung des napoleonischen Frankreich zur Beherrschung des Seeweges von Gibraltar bis Aegypten aufgeschwungen. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatten die Engländer auch Tripolis ins Auge gefasst und eine Reihe von Expeditionen zur Erforschung dieses Landes ausgerüstet, aber die Besitzergreifung dann aufgegeben, weil sie ihnen wohl nicht lohnend erschien. Die *Türkei* hatte stets eine gewisse, indessen wenig bedeutende Oberhoheit über diese nordafrikanischen Länder beansprucht, bis an die Grenze von Marokko, das sich seit langem als selbständiger Staat behauptete; eigentlichen Besitz von Tripolitaniern ergriff sie jedoch erst im Jahre 1835, indem sie dessen herabgekommene räuberische Beherrscher, die Familie Karamanli, absetzte und Tripolitaniern zur türkischen Provinz unter direkter Verwaltung erklärte. Durch ähnliche Zustände war 1830 wider Willen Frankreich nach *Algier* gerufen worden; daraus erwuchs dann der grosse Plan eines nordafrikanischen französischen Kolonialreiches, der gerade jetzt in der Angliederung von *Marokko* eine gewisse Vollendung erfahren hat. Dieser afrikanische Besitz ist im Jahre 1881 noch vermehrt und abgerundet worden durch die Oberherrschaft über *Tunis*, indem der frühere Herrscher dieses Staates zu einem Scheindasein herabgedrückt wurde, so dass man Tunis heute ebenfalls als eine französische Kolonie betrachten kann. Auch auf Tripolitaniern hatten die Franzosen längst ihren Blick gerichtet, um so ganz Nordafrika bis an die Grenze von Aegypten in ihren Machtbereich zu ziehen.

Eine entscheidende Wendung hat die kommerzielle und damit auch die politische Bedeutung des Mittelländischen Meeres genommen durch den Bau des *Suezkanals*, der einen gewaltigen, noch immer wachsenden Durchgangsverkehr des Welthandels zur Folge hatte. *England* hat es verstanden, sich die Beherrschung auch dieses wichtigen Seeweges zu sichern und, begünstigt durch eine fehlerhafte politische

Aengstlichkeit der Franzosen, sich seit dem Jahre 1881 derart in Aegypten festzusetzen, dass dieses Land heute unwiderruflich als englischer Besitz gelten darf.

Dass bei einer derartigen Entwicklung auch Italien die Tendenz nahe liegt, eine gewisse Machtstellung an der ihm gegenüberliegenden nordafrikanischen Küste zu gewinnen, ist ganz natürlich. Italien hat den grössten Anteil an der Küstenlinie des Mittelmeeres, dessen Umwohner zu beinahe einem Drittel Italiener sind. Eine Statistik schätzte vor etwa 15 Jahren die das Mittelmeer umwohnende Bevölkerung auf 106 Millionen (75 Millionen Christen und 31 Millionen Mohammedaner), wovon 34 Millionen Italiener. Zur gleichen Zeit bestanden in Tripolis bereits italienische Schulen mit etwa 30 Lehrkräften und zirka 500 Schülern. Schon 1878 auf dem Berliner Kongress hatte Bismarck angeregt, dass Italien Tunis in Besitz nehmen solle. Der damalige italienische Ministerpräsident Cairoli, einer der Helden der Befreiungszeit, lehnte dies ab, teils aus idealistisch-demokratischem Stolze heraus — er soll erklärt haben, dass Italien mit reinen Händen aus dem Kongress hervorgehen wolle — teils wohl auch deshalb, weil er sein junges, geeinigtes Vaterland einem solchen Unternehmen noch nicht gewachsen fühlte. Dass dies ein politischer Fehler gewesen war, bewies drei Jahre später die Okkupation von Tunis durch Frankreich. Diese war ein schwerer Schlag für Italien und mag wohl den Anstoss zu dessen Anschluss an den Dreibund (1883) gegeben haben. Denn seit Jahrtausenden, zumal seit den gewaltigen Kämpfen zwischen Rom und Karthago, ist es feststehender politischer Grundsatz, dass der Beherrscher dieser weit vorgeschobenen afrikanischen Küste einen bestimmenden Einfluss hat auf die Schicksale des südlichen Italiens, besonders Siziliens; daher ist es eine Frage der Selbsterhaltung für Italien, in dem nahegelegenen Afrika festen Fuss zu fassen. Mit Bezug auf Tunis haben heute die Italiener nichts mehr zu hoffen, und so ist es nicht zu verwundern, dass sie ihre Blicke nach dem einzig noch freigebiebenen Tripolitaniern richteten. Diese Tendenz musste noch gestärkt werden durch die Erkenntnis des Kulturrückganges dieser Länder unter der türkischen Herrschaft. Wir sind gegenwärtig geneigt, infolge der liberalen politischen Aenderungen in der türkischen Regierung, diesem Reiche mehr Sympathie entgegenzubringen, als dies noch vor wenigen Jahren der Fall gewesen ist. Aber in der Verwaltung, zumal der abgelegenen Provinzen, hat dieser Wechsel nichts geändert. Ueberall ist unter der nachlässigen türkischen Wirtschaft die Kultur zurückgegangen, wie auf der Balkanhalbinsel und in den einst blühenden Gefilden am Euphrat und Tigris, so in Nordafrika. Hier wie dort sind Verkehrswege und Bewässerungsanlagen vernachlässigt worden und so die einst üppigen Kulturländer zu Einöden herabgesunken. Die türkischen Beamten, Richter, Offiziere und Soldaten haben keinerlei Interesse am Lande, sie stehen in keinem Zusammenhang mit seiner Bevölkerung und Kultur, sie dienen lediglich einer gleichgültigen, bürokratischen und militärischen Verwaltung und suchen, wo es immer angeht, nur ihre persönliche Bereicherung.

(Schluss folgt)

—o—

Der Krieg und die Zeitung.

In meinem letzten Artikel sprach ich von dem Anfang einer Aera der Raublust in Europa, und ein neuer Beweis dafür ist der Konflikt zwischen Russland und Persien. Dem Durchschnittsleser einer Tageszeitung muss mein Ausspruch, wenn nicht unverständlich, so

doch übertrieben erscheinen, und zwar aus dem Grunde, weil es Nachdenken erfordert, um in den meist so sachlich-trockenen Leitartikeln etwas mehr zu erblicken als harmlose diplomatische Schachzüge, oder eine zeitvertreibende Lektüre bei einem Glase Bier und einer Zigarre. Ja, wenn diese Zeitungsschreiber ihren Menschenpflichten nachkämen, wenn sie sich ihrer Verantwortlichkeit bewusst wären, wenn sie sich von Höherem leiten liessen als von Parteiinteressen, wenn sie nicht so nüchtern — so gewollt nüchtern — über die ernstesten Fragen, über Leben und Tod ihrer Mitbürger, ihrer Nächsten reden würden — vom Kriege, von Kriegsmöglichkeiten, nicht anders, als ob sie über Wetterstatistik oder Naturerscheinungen berichteten. Wie soll dem Durchschnittsleser etwas dabei einfallen, wie kann er sich aus dem gewöhnlichen Zeitungsstil heraus sofort die schrecklichen Konsequenzen ausmalen, wie kann er die fürchterliche Tragweite der leichtsinnigen Journalistik im Handumdrehen begreifen? Daher ist für die meisten das Zeitungslesen ein Zeitvertreib, ein Sport und die Kriegshetzereien ein willkommener Anlass, um im Wirtshaus Politik zu treiben.

Vom Standpunkte wahrer Humanität jedoch ist der Zweck der Presse, der Beruf des Journalisten ein ganz anderer. Wer ist besser in der Lage, zur Aufklärung der Völker beizutragen, wem stehen bessere Mittel zu Gebote, das Gute und Nützliche zu verherrlichen und das Verderbenbringende, Böse zu bekämpfen? Nur eine Sache ist notwendig dazu: Ehrlichkeit; es hätte keiner Protestversammlungen der Sozialisten gebraucht gegen die Kriegshetzer, wenn es Journalisten gäbe, die mutig für Wahrheit und Gerechtigkeit in die Schranken treten wollten. Ihre Entschuldigung, dass sie sich nach dem grossen Publikum richten müssen und für die Masse schreiben, ist nicht stichhaltig, denn die Presse beeinflusst heute die öffentliche Meinung, aber nicht umgekehrt. Die Pressfreiheit hat auch ihre Nachteile — freilich nicht in dem alten Sinn — aber es ist nicht einerlei, was man dem Volke erzählt und wie ihm eine Sache vortragen wird, und ganz besonders jetzt, wo alles schreibt und wo die meisten das Selbstdenken und Selbsturteilen scheuen, ist Gefahr, dass der Einfluss der Presse in mehr als einer Richtung schädlich wirkt. Dass Zeitungslektüre im allgemeinen die Sitten je veredelt hätte, kann gewiss niemand behaupten, im Gegenteil, man darf ruhig einen grossen Teil der Schuld an der zunehmenden Sittenverrohung dem Lesen der Tagespresse zuschreiben. Wenn wir recht überlegen und uns alle Kulturmöglichkeiten vergegenwärtigen, die der Menschheit heute zu Gebote stehen und so leicht zugänglich sind, so fällt es uns ungeheuer schwer zu glauben, dass in Wirklichkeit noch eine Majorität existieren soll, die in normaler Geistesverfassung dem Kriege zugetan ist, einen Zustand herbeiwünscht, der alle unsere Errungenschaften, auf die wir so stolz sind, in einem Nu zunichte machen kann und uns selbst noch unter das Tier degradieren muss. Es kann nicht sein — die Völker sind besser als ihr Ruf, d. h. besser, als die Zeitungsschreiber uns glauben machen wollen. Was liegt nun aber diesem ganzen Blendwerk zugrunde? Müssen wir die Ursache der Kriegshetzereien, des Hassschürens zwischen den Nationen, zurückführen auf jenen universellen Zug nach Sensation, an dem unsere Zeit in so hohem Masse krankt? Bis zu einem gewissen Grade mag dies zutreffen, aber wenn wir weiter forschen in anderer Richtung, stossen wir auf eine Möglichkeit, die vielleicht der Wahrheit näher kommt — am Ende haben die Völker direkt gar keinen Anteil an den gedruckten Hetzereien und Kriegs-

drohungen, und das meiste davon ist bloss Spiegelfechterei und das Resultat einer der Menschheit feindlichen Polemik, deren Quelle in Kreisen zu suchen ist, die ganz andere Interessen verfolgen, solche, die dem Volkwohl und dem Völkerfrieden diametral zuwider sind. Das säbelrasselnde Toben und der bramabasierende Ton aus jenen Kreisen, die unter dem Deckmantel der Vaterlandsliebe und unter dem Vorwand, beleidigte Ehre rächen zu müssen, breite Schichten der Bevölkerung in Aufregung versetzen, zeigt uns klar, dass eine friedensfeindliche Macht die Geschicke der Völker lenkt. Ein unheimlicher Gedanke, und die Aussicht, wie dem Uebel mit Erfolg entgegenzutreten ist, scheint auf den ersten Blick gering, denn wir stehen unzweifelhaft einer weitverzweigten Macht gegenüber, deren stärkster Verbündeter ein grosser Teil des Volkes selbst ist, jene, die noch an die Unfehlbarkeit der Zeitungspolitik glauben und die ihre Geistesnahrung hauptsächlich aus den Tageszeitungen schöpfen.

Mag nun die Sache sich verhalten, wie sie will, es war mir nur darum zu tun, eine Erklärung zu finden für die im allgemeinen allen Tageszeitungen gleich eigentümliche, sagen wir — unfreundliche Stellungnahme allen friedlichen Bestrebungen gegenüber, d. h. allen Bestrebungen, die den Zweck verfolgen, Frieden und Eintracht zwischen den Nationen herbeizuführen — um jeden Preis, denn die Aussicht auf eine friedliche Lösung jeder Streitfrage zwischen Völkern verdient doch unsere erste Rücksicht, ist der wichtigste Punkt, wenn es sich um Krieg oder Frieden handelt.

W. Kohl.

—o—

Der Ruf nach Frieden.

Wenn je des Volkes Stimme Gottes Stimme genannt werden durfte, so ist dies heute der Fall, wo überall mächtig das Volk seine Stimme für den Völkerfrieden erhebt. In den Parlamenten und auf seinen Kongressen fordert es ungestüm sein Recht auf friedliche Kulturarbeit. Aber auch in seinen Zeitungen bis hinab zu lokalen Organen, die nicht weit über die Kantonsgrenzen hinaus ihren Flug richten, treffen wir überall auf die gleiche Forderung. Es ist derselbe Ruf nach Friedensgarantie, den die einst so verachteten Pazifisten vor Jahrzehnten erhoben. Er wird nicht mehr verstummen, sondern er wird je länger je drohender werden, und gerade in Zeiten, da ferner Kanonendonner zu uns herüber dringt, wird er immer allgemeiner, immer lauter erschallen. So lesen wir im „Bauern- und Arbeiterbund Baselland“:

„Die nordwestliche Ecke des afrikanischen Erdteils scheint dazu bestimmt, die Sorge der europäischen Diplomaten zu sein und gilt seit Jahren als der gefährlichste Wetterwinkel für Europas Kultur. Schon der grosse deutsche Kanzler, Fürst Bismarck, bezeichnete vor Jahrzehnten dieses Land als dasjenige, wo sich die Kolonialmächte einmal darum raufen werden. Schon zum zweiten Male ist die Kriegsgefahr da, und auf des Messers Schneide ist der Entscheid über Krieg und Frieden gestellt. Das fehlte, nebenbei bemerkt, gerade noch, ein Krieg, wo das altersmüde Europa schon unter einer bedenklichen volkswirtschaftlichen Krisis zu leiden hat. Die Teuerungsrevolten, die überall ernsten Charakter zeigen, sie weisen darauf hin, dass die Völker unseres Kontinentes nach Brot und nicht nach Krieg, nach Nahrung und nicht nach dem Schlachtschwert rufen. Tatsächlich ist kein Volk, weder das deutsche noch das französische, die Chauvinisten und Säbelrassler abgerechnet, für die Völkerwürgerei zu haben. Die Staaten Europas hätten zur-